

BISMILLAHIR-RAHMANIR-RAHIM  
Mit dem Namen ALLAHs, Des Allgnade Erweisenden, Des Allgnädigen

Islamische Religionsgemeinschaft Hessen/IRH  
Postfach 100545, 35335 Gießen  
www.irh-info.de



## Offener Brief und Appell

### **Dringender Appell: Schutz deutscher Staatsbürger:innen nach Festsetzung der Global Sumud Flotilla durch israelische Armee**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Merz,

sehr geehrter Herr Bundesaußenminister Wadehul,

sehr geehrte Damen und Herren,

mit größter Dringlichkeit wenden wir uns an Sie im Hinblick auf die deutsche Delegation der Global Sumud Flotilla. Sämtliche Mitglieder dieser Delegation sind deutsche Staatsbürger:innen:

Yasemin Acar, Kubra Emine Cinar, Sumeyra Akdeniz Ordu, Nikolaos Liapouris, James Griffin, Hakan Kaya, Iara Kaiser, Judith Scheytt, Louna Sbou, Hasan Kuyuldar, Khaled Bdiwi, Elias Thiele, Mariam Kassem, Tim Oschitzki und Carmen Alexandra Portero Navarrete.

Die Flotilla wurde in der Nacht vom 1. auf den 2. Oktober 2025 in internationalen Gewässern von der israelischen Armee festgesetzt und ihre Teilnehmer:innen verschleppt. Dieses Vorgehen stellt einen gravierenden Verstoß gegen das Völkerrecht dar und bedeutet eine unmittelbare Bedrohung für Leib, Leben und Freiheit deutscher Staatsbürger:innen.

Die Bundesregierung ist nach dem Grundgesetz verpflichtet, diese Menschen zu schützen:

- Art. 1 Abs. 1 GG: Die Würde des Menschen ist unantastbar.
- Art. 2 Abs. 2 GG: Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.
- §§ 1 ff. Konsulargesetz: verpflichten das Auswärtige Amt, deutsche Staatsangehörige in Notlagen zu unterstützen.

Diese Verpflichtungen werden durch internationale Verträge verstärkt:

- Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen (Art. 5, 36): garantiert konsularischen Zugang.
- Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Art. 6 Abs. 1) sowie die Europäische Menschenrechtskonvention (Art. 2 Abs. 1): sichern das Recht auf Leben.
- Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS): verpflichtet zur Gewährleistung der Freiheit der Hohen See (Art. 87) und zur ausschließlichen friedlichen Nutzung (Art. 88).

Das gewaltsame Vorgehen gegen zivile Schiffe und deutsche Staatsangehörige in internationalen Gewässern stellt damit einen klaren Bruch des Völkerrechts dar.

Die politische Gesamtverantwortung zur Erfüllung dieser Schutzpflichten liegt bei der Bundesregierung und fällt in die unmittelbare Zuständigkeit des Bundeskanzlers (Art. 65 GG). Es ist daher Ihre Aufgabe, unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, um die Sicherheit der betroffenen deutschen Staatsbürger:innen zu gewährleisten.

Wir fordern Sie nachdrücklich auf, umgehend:

1. konsularischen Zugang zu den Festgehaltenen sicherzustellen,
2. auf ihre sofortige Freilassung und sichere Rückkehr nach Deutschland zu bestehen,
3. alle diplomatischen und politischen Mittel (EU, UN, bilaterale Beziehungen) einzusetzen,
4. in direkten Kontakt mit den Angehörigen zu treten, um Informationen auszutauschen, Transparenz über Rückführungsmaßnahmen herzustellen und die Familien aktiv in den Krisenprozess einzubeziehen.

Ein weiteres Zuwarten ist angesichts der Schwere der Lage nicht vertretbar. Wir bitten daher um eine unverzügliche Rückmeldung zu den von Ihnen ergriffenen Maßnahmen.

Mit Nachdruck und in Verantwortung für den Schutz deutscher Staatsbürger:innen,

Gießen, 2. Oktober 2025

Ramazan Kuruyüz

Vorsitzender der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen (IRH)